

Danziger Zeitung.



Nr. 20128.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Insertionskosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Staatsgewalt und Elternrecht.

Aus Zürich geht uns von einem bekannten Mitgliede des juristischen Lehrkörpers der Universität folgender Artikel zu:

Die deutsche Abtheilung der internationalen criminalistischen Vereinigung hielt unlängst ihre Jahressammlung in Berlin. Bei diesem Anlaß wurde die Frage besprochen, wie die verwahrloste und verbrecherische Jugend vom Gehege zu behandeln, namentlich welche Vorbeugungsmethoden gegen die Verwahrlosung der Jugend und deren verbrecherische Triebe zu ergreifen seien. Mit anderen Worten: Was soll vom Staate geschehen, damit die Kinder nicht verwahrlost werden und in verbrecherische Bahnen hineingerathen? Die Lösung dieses Problems ist natürlieh eine äußerst schwierige. Entweder muß man sich auf die Einwirkung der Schule und gemeinnütziger Veranstaltungen, wie Jugendorte, Feriencolonien u. s. w. beschränken oder man muß dazu gelangen, staatlicherseits in das Familienleben des Einzelnen hineinzugreifen.

Der Hauptreferent der oben genannten Versammlung, Staatsanwalt Dr. Appelius von Elberfeld, verlangte nur weitergehende staatliche Regulirung der Jugenderziehung, als sie bis dahin in Deutschland von der Gesetzgebung vorgesehen ist. Er verlangte ein Gesetz, wonach auch ohne Vorliegen einer strafbaren Handlung jugendliche Personen bis zum 16. Lebensjahre der „staatlich überwachten Erziehung“ überwiesen werden, wenn deren städtische Verwahrlosgung festgestellt oder der Eintritt derselben nach den häuslichen Verhältnissen zu befürchten ist und die Maßregel erforderlich erscheint, um die Person vor städtischem Verderben zu bewahren. Eine solch staatlich überwachte Erziehung soll stattfinden: in der eigenen Familie; in einer geeigneten fremden Familie; in einer unter staatlicher Aufsicht stehenden Provinzialerziehungsanstalt. Ueber die Art und Ausführung der staatlich überwachten Erziehung sollen nach Appelius besondere Erziehungsämter zu entscheiden haben, während die Frage, ob für schon verwahrloste oder verbrecherische Kinder die staatliche Erziehung eintretend soll, den Vormundshaftungsbehörden zur Entscheidung überlassen bleibt.

Die Annahme und Durchführung der Anträge des Herrn Dr. Appelius wäre von ungeheurer Tragweite. Sie bedeuten nichts anderes als ein Eingriffrechts des Staates in die Familie, wie wir es bislang als mit der individuellen Freiheit des Einzelnen für unvereinbar gehalten haben. Aber diese Thesen sind nicht neu, ja sie sind in vielen Staaten der amerikanischen Union praktisch durchgeführt.

Es ist deshalb wohl der Mühe wert, in der nordamerikanischen Union Umschau zu halten, wie das weitgehende Eingriffrechts des Staates in die Familien ermöglicht und von den freien Bürgern ertragen wird.

Im Staate Newyork z. B. bestimmt ein Strafgesetz mit Zusätzen aus den Jahren 1884, 1886 und 1888: Jedes Kind unter 16 Jahren, welches

1. am Betteln in jeder Form, am Lumpen-, Abochen-, Cigarr- oder anderen Absäulen-Sammeln betroffen wird,

2. welches kein Heim hat, oder welches von seinen Eltern oder anderen Personen, die für dasselbe zu sorgen haben, verlassen worden ist oder vernachlässigt wird oder welches sonst in irgend einer Beziehung Mangel leidet,

3. welchem die nötigen Lebensmittel fehlen, welches verwaist ist, oder dessen Vater, Mutter

oder Vormund eines Verbrechens wegen verurtheilt wurden, oder Gewohnheitstrinker sind, 4. welches in Gesellschaft von Dieben oder Prostituierten betroffen wird, oder welches sich mit oder ohne seine Eltern oder Vormund in einem schlechten Hause aufhält, welches ohne Eltern oder Vormund in Concerten, Tanzläden, Theatern, Museen, oder anderen Vergnügungsstätten oder irgend einem Orte, wo geistige Getränke verabfolgt werden, betroffen wird, welches ferner beim Spielen irgend eines Hazardspiels gesehen wird oder sich in einem solchen Lokale aufhält, muß arrestirt und vor die zuständige Gerichtsperson gebracht werden, welche das Kind einer gemeinnützigen Anstalt oder Reformatorium zuweisen soll.

Diese Bestimmungen und ganz besonders diejenigen sub 2, 3 und 4 sind äußerst weitgehend. Iwar bekümmern sich die staatlichen Organe nur mäßig um deren Befolzung, aber es besteht in Newyork eine Kinderschutz-Gesellschaft (society for prevention of cruelty to children), welche sich die Aufgabe stellt, die Kinder, deren leibliches und geistiges Wohl gefährdet ist, aufzusuchen und in ihre Obhut zu nehmen, also dem Staat ihre Hilfe zu leihen. Aus diesem Grunde hat diese Gesellschaft denn auch eine außerordentliche Gewalt. Ihre Agenten müssen sich in allen Häusern Eingang zu verschaffen, es hat sich ein eigenständiges Spionsystem unter ihnen ausgebildet und jede Angeberei wird von der Gesellschaft im Interesse der Vorbeugung städtischer Verwahrlosung der Jugend bereitwillig entgegen genommen.

In der Stadt Newyork kommt es täglich vor, daß Agenten dieser Gesellschaft Nächts mit Hilfe eines Polizisten in die Wohnungen der Familien eindringen, dort die Kinder aus den Betten reißen und mit sich fort nehmen, um sie am nächsten Tage vor Gericht zu stellen und sie förmlich ihrer Anstalt überweisen zu lassen. So weit geht die Bewahrungssucht der Kinderschutzgesellschaft schon, daß es nur der Angabe eines böswilligen Nachbarn bedarf, die Kinder werden von ihren Eltern vernachlässigt oder schlecht behandelt oder eine Tochter der Familie führt einen unsittlichen Lebenswandel oder ein Familienglied habe sich dem Trunkne ergeben, um die Gesellschaft sofort zum Einschreiten zu veranlassen. Ganz besonders ist sie auch hinter den Kindern her, welche für ihre Eltern Bier holen; denn, wie oben gesagt, genügt ja zur Arrestnahme eines solchen Kindes, daß es ohne Eltern in einem Schanklokal betroffen wird. Zu welchem Zwecke es sich dort aufhält, ist dem Buchstaben des Gesetzes zufolge, ganz gleichgültig.

Ebenso sind die kleinen Führer von blinden oder Lahmen Bettlern stets in Gefahr, arrestiert zu werden, denn sie werden, in weitgehender Interpretation des Gesetzes, als selbst bettelnd betrachtet. In Folge dessen spielen sich nicht nur in den Wohnungen der Armen, sondern auch auf den Straßen oft die herzerregendsten Szenen ab: Kinder, die von ihren Eltern weggerissen werden, Eltern, die um ihre Kinder mit der Wuth gezeiter Thiere kämpfen.

Angesichts solcher Szenen muß man sich fragen, ob der theoretisch richtige Gedanke des citirten Gesetzes derartige Eingriffe in das Familienleben rechtfertigt, ob da nicht das Unrecht, welches den Betroffenen geschieht, größer ist als der Nutzen, der der Gemeinschaft aus den Präventivmaßregeln des Staates erwächst.

Allerdings müssen sich die Eltern den Verfugungen des Polizeirichters nicht unterwerfen, ohne selbst gehör zu werden; allein den mächtigen Beamten der Kinderschutzgesellschaft gegenüber

recht, du bist der Herr im Hause, du hast zu bestimmen! Vorwärts also!"

Er knüpfte die improvisierte Hängematte ab und hing sie sich über die Schultern. Herr v. Rohnsdorff atmete erleichtert auf. Doch wirklich ein prachtvoller Mensch, dieser Nabob! Zu allem stets bereit, nicht ein Wort des Vorwurfs! Gewiß würde es nicht gar schwer sein, ihn zur Herausgabe einer Hypothek auf Hohenbüch zu bewegen; einer Hypothek allerdings zur letzten Stelle, aber was konnte das diesem Witwer einer indischen Fürstin schaden? Der verhungerte noch nicht, wenn sich ein kleiner Bruchteil seines unermesslichen Vermögens auch einmal nicht verzinste. Und so hob der Freiherr die alte, gestickte, schwere Reisetasche lächelnd auf und ging voran; ihm folgte Herr v. Engstrand mit der Hängematte, Frau Henriette mit einem Geusser und Pioch mit dem Hammer und mit den Nägeln, die er beim Justieren der Löcher im Pavillondache hatte gebrauchen wollen.

„Aber, lieber Freund“, sagte Herr v. Rohnsdorff, nachdem die Hängematte in seinem Zimmer angebracht war, „du wirst mir doch die Schwade nicht anhören wollen, bei dem Diner, das übrigens in einer Viertelstunde aufgetragen werden wird, zu fehren? Ich habe dir den Ehrenplatz neben meiner Frau zugedacht!“

Der Schwiegersohn des Nabob ließ sich durch die Einladung in seiner Beschäftigung nicht stören, die darin bestand, daß er auf einen Stuhl stieg und von dort aus sanft in die Hängematte glitt.

„Lieber Rochus!“ entgegnete er dann, die Augen schließend. „Ich bin dir sehr dankbar für die Ehre; aber was soll ich armer, alter Mensch in einem bescheidenen Winkel und — er legte sich die gestickte Reisetasche auf den Leib — „zudem habe ich noch voll zwei Stunden zu schlafen, um mein tägliches Quantum zu absolviren. Zum Gouper später vielleicht ... wenn du erlaubst, lach' ich mir in der Rühe eine Kleinigkeit.“

finden ihre Protestationen in der Regel wenig Gehör. Die letzteren rücken entweder mit ihren Zeugen (den Angebern) auf, oder sie haben das Kind auf frischer That ergriffen; zudem ist natürlich der Gegenbeweis, daß die Kinder seitens der Eltern nicht vernachlässigt, nicht schlechten Einflüssen preisgegeben worden seien, viel schwieriger als der Beweis der gegenheiligen positiven Behauptung.

Und ist denn die Staatsverleihung in Newyork eine über aller Kritik stehende? Ist es so ganz sicher, daß die vom Staat beaufsichtigten Anstalten wie die Kinderschutzgesellschaft und andere die Resultate erzielen, welche man von ihnen erwarten darf? Mit nichts. Die Berichte der staatlichen Armenbehörde (State Board of Charities) betreffend die Fürsorge für arme und verlassene Kinder beklagten die Schäden der Anstaltserziehung aufs tiefste. Sie constatiren, daß solche Kinder den Anforderungen des praktischen Lebens absolut nicht gewachsen sind. Sie seien gewöhnt, ihre Arbeiten maschinell zu verrichten u. a. m.

Man hat übrigens auch in Newyork Versuche mit der Familienerziehung gemacht, wie Dr. Appelius sie vorschlägt. Einige Anstalten behalten die Kinder nur bis zu einem gewissen Alter und eine gewisse Zeit. Nach Ablauf von gewöhnlich 2 Jahren werden die größeren Kinder zu Farmers verkostgeldet. Die Farmer, welche Hilfe, wie Kinderhände sie bieten können, begehrn, kommen von der betreffenden Gesellschaft benachrichtigt, an die Stationen, welche ein solcher Kinderzug berührt und wählen sich das ihnen passend erscheinende Exemplar aus. Man sage nicht, das sei amerikanisch geschäftsmäßig. Diese Art Kinder zu verhandeln ist immer noch menschlich gegen den Schachter, welcher anlässlich der Wahl des Aostortes von schweizerischen Armenpflegern z. B. mit der von ihnen zu unterstützenden Menschenware getrieben wird.

Nun ist aber gerade dieses Westwärtsenden der Kinder der größte Schrecken der Eltern. Erst dann sind ihnen die Kinder eigentlich verloren. Die Briefe der Kleinen gelangen selten in die Hände der Eltern und wenn der Farmer ein Interesse daran hat, das willlose Kind ganz zu seinem Werkzeug zu machen, so gibt er auch die Briefe der Eltern an die Kinder nicht ab. In der Proletarierbevölkerung Newyorks cürzten die schaurigsten Gerüchte über die Leiden, welche ihrer weßlich gesandten Kinder warten. Eine Deutsche, die nach vielen Jahren braven Ringens schließlich wegen Krankheit unfähig wurde, ihre 3 Kinder zu erhalten, vergiftete vor kurzem alle drei, um sie vor den Schrecken des Westens zu bewahren. Schon seit Jahren verdammen übrigens Publikum und die Presse einstimmig das ganze System solcher Staats-erziehung. Aber würde dann nicht die staatliche überwachte Familienerziehung in unserer geordneten Gemeinwesen in ein viel günstigeres Licht treten? Könnten wir denn nicht in jedem Falle garantieren, daß das Kind auch wirklich gut untergebracht würde? Wir zweifeln daran. Die Unvolkommenheit aller menschlichen Institutionen würde gerade in diesem Punktschau empfindlichst fühlbar machen. Wir könnten dafür keineswegs einstecken, daß wir nicht oft dem Scheine nach urtheilen, daß wir brauen Eltern nicht schweres Unrecht thäten, daß wir gegen anhängliche Kinder nicht grausam versöhnen, daß die staatlicherseits gewählte Unterkrust eine gute wäre, daß das Kind seinen individuellen Anlagen und Fähigkeiten entsprechend erzogen würde, daß die Trennung von den Eltern nicht gerade sein Herz verstößt, seinen Sinn verbittert, kurz, daß nicht

ein größeres Übel an Stelle des kleineren gesetzt würde.

Uns scheint, für eine solche Kinderzuchtwelt in den Händen des Staates sehe jenseits wie diesseits des Oceans die nothwendige Voraussetzung: eine ideale Lebenshaltung, bei welcher alle Gewinnsucht, Haß, Neid und subversive Tendenzen anderer Art vor dem Impuls der reinen Menschenliebe zurückweichen.

Deutschland.**Gind Militärfragen Machtfragen?**

Über diese Frage enthält die „Lib. Corresp.“ folgenden Artikel: Wenn es denkbar wäre, daß in England, wo das Ministerium gewissermaßen der Mandatar der jeweiligen Partei mehrheit ist, ein Gesetzentwurf, der eine erhebliche Verstärkung der Armee fordert, von einer Mehrheit des Unterhauses abgelehnt würde — was wäre die Folge? Das Ministerium würde genötigt sein, seine Entlassung zu verlangen. Die Krone würde aus den Mitgliedern der Mehrheit ein neues Cabinet bilden und dieses würde, im Verein mit der Mehrheit, die Verantwortlichkeit für den Verzicht auf die Heeresverstärkung vor dem Lande übernehmen. Im deutschen Reichstage liegen in Folge der Tersplitterung der Parteien die Dinge ganz anders. Es giebt keine compacte, geschlossene Mehrheit, welche den Gang der gesammten Politik bestimmt; der Reichskanzler kann also auch nicht der Vertrauensmann der Mehrheit sein; er ist der Vertrauensmann des Kaisers und muß als solcher versuchen, für die Mehrheit des Reichstages zu gewinnen. Gelingt ihm, wie es bezüglich der Militärvorlage der Fall war, das nicht, so steht er vor der Alternative, entweder auf die Heeresvermehrung, die er für seinen Theil und in Übereinstimmung mit den militärischen Autoritäten, welche im Kriegsfalle für die Ehre und Sicherheit des Landes verantwortlich sind, in Vorschlag gebracht hat, zu verzichten, oder er muß versuchen, durch Berufung an die Wähler die Mehrheit von gestern zu einer Minderheit herabdrücken. Das Ergebnis der Neuwahlen von 1887 ist bekannt. Obgleich die Mehrheit des 1884 Reichstages, Centrum, Freisinnige, Volkspartei und Socialdemokraten „geden Mann und jeden Groschen“ — bekanntlich handelte es sich um eine Erhöhung der Friedensstärke um 42 000 Mann — bewilligt hatte, nur auf drei Jahre, anstatt auf sieben, ergaben die Neuwahlen eine feste Mehrheit für das Septennat. Die Zahl der Freisinnigen sank von 67 auf 32, die Volkspartei verschwand aus dem Reichstag und die Socialdemokratie büßte über die Hälfte ihrer Mandate ein. Die Kraftprobe auf der Militärvorlage hatte lediglich den Erfolg, einer Mehrheit des Reichstages die Wege zu bahnen, die dem Liberalismus die Wurzeln abzugraben bemüht war. Der neue Reichstag bewilligte das Septennat im Handumdrehen, erhöhte die Getreidezölle von 30 auf 50 Mk. und beschloß das famose Branntweinsteuergesetz mit am 40 Millionen Liebesgabe für die Branntweinbrenner! Allerdings war der Reichstag von 1887 zum großen Theil ein Product der künstlich erregten Kriegsfurcht; aber daß das Märchen von den französischen Barackenbauten an unserer Westgrenze, zu denen die elässische Forstverwaltung kaltblütig das Holz lieferte, die Melinitomben u. s. w. auf die deutschen Wähler einen so starken Eindruck hervorruhen konnte, beweist doch an sich schon, daß Deutschland, eingeklebt zwischen dem rachdurstigen Frankreich und Russland sich in einer anormalen Lage befindet und daß das

über stehen, die beide auf denselben Abothen lauern.

Die Dorfhuu hub an zu schlagen. Jordan kam nicht. Der Freiherr hätte beinahe laut geschnitten. Stimmengleichheit würde eine Stichwahl nötig machen, bis dahin aber würde der Wechsel längst verfallen und der Concurs Rochus v. Rohnsdorff ausgebrochen sein. Wenn nicht Ulla...

„Hm! murmelte er vor sich hin, ob es Gold ist? Oder nur Silber? Oder am Ende gar Brillanten?“

Er fuhr zusammen und ließ erschrockt die Schatzkammer des Indiers auf dessen Körper zurückfallen. Engstrand regte sich nicht; nur um seine Mundwinkel zuckte es, wie von einem Lächeln.

Die Stuhluhr auf der Console über dem Kanapé hatte vier Uhr geschlagen. Sie ging fünf Minuten nach der Dorfhuu vor. Er würde also gerade zur rechten Zeit kommen, um der Öffnung der Wahlurne und der Constatirung des Wahlergebnisses beizuwollen.

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

*

deutsche Volk, vor die Wahl, zwischen seinen liberalen Überzeugungen und den Wunsch, die deutschen Grenzen gegen jeden Angriff zu schützen, gestellt, in seiner Mehrheit der Rückstift auf die Sicherheit nach Außen folgt. Welchen Verlauf die nächsten Neuwahlen nehmen, muß man abwarten; an Symptomen fehlt es schon jetzt nicht, doch trotz des Verzichts der Regierung auf den „Kriegsrummel“, die Wählerkraft dem Bedürfnis, die deutschen Rüstungen zu verstärken, um so mehr Rechnung tragen wird, als die diesmalige Militärvorlage auch schon im Falle einer baldigen Mobilisierung von Wichtigkeit sein würde und als das Angebot der zweijährigen Dienstzeit für die Fußtruppen eine erhebliche Entlastung des Einzelnen enthält.

Der Versuch, Militärvorlagen zum Gegenstand einer Kraftprobe des Liberalismus zu machen, würde auch dieses Mal nur zu einer neuen Blutentziehung, zu der Wiederholung des Experiments des „Saigner à blanc“ an dem Körper des deutschen Liberalismus führen.

Berlin, 16. Mai. Auf Veranlassung des Kaisers wird gegenwärtig in der Nähe des Neuen Palais, und zwar in dem abgesperrten Theil des Parks von Sanssouci, gegenüber dem Drachenberge, für die kaiserlichen Prinzen ein Festungsbau erbaut. Ein Ingenieur des Krupp'schen Etablissements in Essen hat die Pläne und Voranschläge, zu dieser kleinen Festung ausgeführt. Dieselbe soll mit allem Möglichen des modernen Festungsbaues ausgerüstet werden; es sind u. a. drehbare Thürme, Wassergräben mit Zugbrücken usw. geplant, auch soll die Festung mit Krupp'schen Kanonen ausgerüstet werden. Die Arbeiten, welche bereits so weit vorgeschritten sind, daß das Mauerwerk aus dem Erdoden hervorragt, sollen drarftig beschleunigt werden, daß die kaiserlichen Prinzen die Festung noch in diesem Sommer benutzen können.

* [Das Verhältnis der freisinnigen Volkspartei zur süddeutschen Volkspartei.] Die „Frankf. Ztg.“ schreibt in ihrer neuesten Ausgabe: „In die durch Auslassungen norddeutscher Blätter hervorgerufene und durch Eugen Richters Tivolirede verstärkte Verwirrung der Meinungen über das Verhältnis der Fortschrittspartei zu der deutschen Volkspartei haben die am Sonnabend und Sonntag in Bruchsal, Offenburg und Stuttgart gesprochenen Bevathungen die von uns gewünschte Ablösung gebracht. Es steht jetzt fest, daß von einer Fusion gar nicht die Rede gewesen ist, daß das allseitig beifällig begrüßte Zusammengehen bei den bevorstehenden Wahlen die programmatiche und faktische Selbständigkeit der beiden Parteien in keiner Weise in Frage stellt. Wir sind überzeugt, daß nunmehr, nachdem die entstandenen Mindestvoraussetzungen befriedigt sind, die auf die Wahlen gerichtete Thätigkeit in den Kreisen der Volkspartei eine regere und freudigere sein und die Waffengemeinschaft sich erfolgreich bemühen wird.“

* [Amtliche Wahlbeeinflussung.] Wie wir der „Gelsenkirchener Ztg.“ entnehmen, hat bei Gründung der Turnspangenförschaft der Lehrer des Kreises Gelsenkirchen der Kreisschulinspector Lindner ungefähr folgende Ansprache an die Lehrer gehalten:

„Meine Herren, wir sind ja alle patriotische Männer. Ich hoffe, daß Sie dazu beitragen werden, den staatsverhindernden Parteien und der Regierung Sr. Majestät des Kaisers zum Siege zu verhelfen und daß Sie nicht das geheime Stimmrecht als Dekmantel benutzen werden, um gegenständig zu wirken.“

Hier liegt ein Fall ausgesprochener Wahlbeeinflussung vor, der Berurtheilung verdient. Der Herr Kreisschulinspector hat auf die Leistungen der Lehrer in der Schule zu sehen, sich aber um deren politische Haltung absolut nicht zu kümmern, am allerwenigsten aber seine amtliche Stellung dazu zu benutzen, für Wahlen in diesem oder jenem Sinne Propaganda zu machen.

* [Die neu eingestellten Secondlieutenants.] Um die Lücken im Offizierkorps des preußischen Heeres auszufüllen, ist in letzter Zeit die Zahl der neu eingestellten Secondlieutenants beträchtlich erhöht worden. Sieht man die Zeit vom 1. April bis 31. März in Betracht, so ergiebt sich, daß im Jahre 1888/89 789 Beförderungen zu Secondlieutenants erfolgt sind, 1889/90 796, 1890/91 839, 1891/92 989 und 1892/93 1169. Es hat also von 1890/91 zu 1891/92 eine Steigerung der Neuerstellungen um 150 und von 1891/92 zu 1892/93 eine solche um 180 stattgefunden. Von den einzelnen Truppengattungen sind an der Steigerung hauptsächlich beteiligt die Infanterie und die Artillerie. Infanterieoffiziere wurden ernannt im ersten Jahre 509, im zweiten 517, im dritten 528, im vierten 571 und im letzten Jahre 659. Bei der Cavallerie wurden Secondlieutenants ernannt im Jahre 1888/89 123, im nächsten 112, dann 134, 152 und 146. Bei der Feldartillerie ist die Steigerung am erheblichsten, da im ersten Jahre 90, im zweiten und dritten je 106, im vierten 166 und im letzten 243 Offiziere eingestellt wurden. Auch die Zufahrtillerie zeigt sehr erhöhte Zahlen, im ersten Jahre 20, dann 33, 38, 56 und 65. Bei dem Ingenieurkorps wurden ernannt 46, 28, 31, 42 und 50. Bei den Eisenbahnen, die erst seit kurzer Zeit Avantageure annehmen, fanden im vorletzten Jahre eine, im letzten drei Beförderungen statt; beim Train, der sich meist aus anderen Truppengattungen ergänzt, sind im letzten Jahre drei Reserveoffiziere angestellt worden.

* [Sprengmittel-Transport.] Aus Anlaß der zahlreichen Dynamit-Attentate in der letzten Zeit, namentlich in den Bergwerksgegenden, sind im Auftrage des Ministers des Innern Erhebungen darüber im Gange, ob und auf welche Weise bei der Beförderung von Dynamit und Pulver auf den Landstraßen besondere Schutzmaßregeln durchgeführt werden könnten. Insbesondere ist in Vorschlag gebracht, die Begleitmannschaften durch Polizeibeamte zu verstärken und bei nächtlichen Aufenthalten des Zuges besondere Beobachtung eintreten zu lassen.

* [Frauentag in Wiesbaden.] In den Tagen vom 5. bis 7. Juni findet in Wiesbaden die diesjährige Generalversammlung des Vereines „Frauenbildungs-Reform“ statt. Die Vormittage sind geschlossene Sitzungen des Vereines gewidmet, während die Abende öffentlichen (jedermann zugänglichen) Vorträgen vorbehalten bleiben. Die Generalversammlung verspricht insfern von besonderem Interesse zu werden, als das Mädchen-Gymnasium, das der Verein im September zu Karlsruhe eröffnen will, einen Hauptgegenstand der Mitteilungen bilden wird.

Das Bekanntwerden der bevorstehenden Gründung genannter Schule hat übrigens dem Vereine aus der Frauenwelt der gebildeten Kreise zahlreiche neue Mitglieder zugeführt, die sich durch ihren Beitrag an der Einführung des Mädchen-Gymnasiums zu beteiligen wünschten.

* [Amtliche Zwangsversteigerungsstatistik.] Das Justizministerium veröffentlicht alljährlich eine

Zusammenstellung der von den preußischen Gerichten beendeten Zwangsversteigerungen von Grundstücken. Nach der für 1892 vorliegenden Übersicht hat die Zahl der Subhastationen, die in den früheren Jahren sehr erheblich abgenommen hatte, nunmehr, nachdem schon im Vorjahr ein Stillstand eingetreten war, eine beträchtliche Zunahme gezeigt. An dieser Zunahme sind die städtischen Grundstücke bei weitem stärker beteiligt als die ländlichen. Im einzelnen sei Folgendes angeführt:

Es sind im Jahre 1892 10553 Zwangsversteigerungen beendet gegen 8707 im Jahre 1891, 8720 im Jahre 1890, 9235 im Jahre 1889, 10050 im Jahre 1888 und 10233 im Jahre 1887. Die Zunahme beträgt also im Vergleich zum Vorjahr 1846 über 21,2 Proc. Unter der Gesamtzahl der Grundstücke befanden sich nach der amtlichen Tabelle 5008, die hauptsächlich zur Land- oder Forstwirtschaft dienten, gegen 4312 im Jahre 1891, 4703 im Jahre 1890, 5337 im Jahre 1889 und 5943 im Jahre 1888. Es ist in der amtlichen Tabelle aber ein augenscheinlicher Fehler, der auch bei der Zusammenfassung nicht bemerkt ist, enthalten, da im Bezirk Kassel unter 323 Grundstücken, die überhaupt versteigert sind, 357 der Landwirtschaft dienende vorhanden gewesen sein sollen. Es ist klar, daß hier ein Versehen vorliegt. Die Zahl der Subhastationen städtischer Grundstücke betrug 5645 gegen 4395 im 1891, 4017 im Jahre 1890, 3898 im Jahre 1889 und 4107 im Jahre 1888. Im Vergleich zum Vorjahr hat also eine Zunahme um 1250 oder 28,4 Proc. stattgefunden.

Über die Veranlassung und den Verlauf der Zwangsversteigerungen geben wir noch folgende Zahlen: Als Antragsteller traten Gläubiger auf, welche

ein Realrecht überhaupt nicht hatten oder nur im Wege

der Zwangsvollstreckung eingetragen waren, in 765

(1891 in 698, 1890 in 845, 1889 in 898 und 1888 in 1046) Fällen; ferner waren Antragsteller die Concursverwalter in 309 (1891 in 206) Fällen, Benefizialerben oder Nachlaßpflieger in 136 (113) Fällen, Miteigentümner zwecks Theilung in 589 (621) Fällen; endlich waren in 8759 (1891 in 7069, 1890 in 6959) Fällen realberechtigte Gläubiger allein oder mit anderen die Antragsteller. Was ferner die im Geltungsbereich des Gesetzes von 1883 beendeten Subhastationen betrifft, so boten in 5994 (1891 in 4997) Fällen Personen mit, welche nicht zu den beteiligten Gläubigern gehörten. Erfreuer waren in 2373 (1891 in 1836) Fällen der bestberechtigte Antragsteller, in 4111 (3470) Fällen Personen, die nicht zu den beteiligten Personen gehörten. Das geringste Gebot wurde in 89 (1891 in 111) Fällen erst bei wiederholter Versteigerung erreicht. Die Verhöhung des Kaufpreises erfolgte in 5365 (4326) Fällen durch baare Zahlung, bei Anrechnung eigener Forderungen, in 3177 (2389) Fällen durch Übernahme von Forderungen mit Einwilligung der Gläubiger und in 662 (579) Fällen durch Anweisung auf rückständiges Kaufgeld. Wiederversteigerungen fanden 80 statt gegen 61 im Vorjahr. In 111 (1891 in 91) Fällen wurde das Verfahren wegen nicht erreichter Mindestgebote aufgehoben.

Ratibor, 14. Mai. Gestern stand vor dem hiesigen Schwurgericht eine Verhandlung wider einen Lehrer an, die zu einer interessanten Entscheidung gegen einen Zeugen führte. Der betreffende Zeuge hatte sich so sinnlos betrunken, daß er nicht selbstständig in den Sitzungssaal gehen konnte, sondern hinein gesleppt werden mußte. Hier fiel er sofort nieder und schlief ein. Der Staatsanwalt beantragte wegen Ungehöhr vor Gericht eine dreitägige Haftstrafe. Der Gerichtshof nahm dagegen an, daß der Zeuge nicht erscheinen sei, weil er gegen seinen Willen in den Sitzungssaal kam. Es wurden ihm die Kosten des Termins und eine Geldstrafe von 50 Mk. oder zehn Tagen Haft auferlegt.

* Aus Bayern, 14. Mai. Ein socialdemokratisches Organ, die „Münchener Post“, weist folgende Interna des Münchener Hofes zu beziehen:

„Über die Volksstimme hat sich jüngst der Prinz-Regent vom Abgeordneten Grafen Preysing mündlich Bericht erlassen lassen. Der Gefragte antwortete in ähnlicher Weise, wie er es seinerzeit gelegentlich der ersten Lesung der Militärvorlage im Reichstage gethan hatte. Es herrsche eine tiefsiegende Unzufriedenheit im Volke, welche durch die neuen Militärforderungen zum Ausbruch gekommen, aber auch durch viele andere Dinge erzeugt sei. Der Prinz wollte diese ernste Schilderung nicht recht glauben; von Seiten der Regierung sei ihm nichts dergleichen berichtet worden. Schließlich wandte er sich an einen anwesenden Hof-Offizier mit den Worten: „Der gute Graf scheint zu schwarz zu sehen — meinen Sie nicht auch?“ Der Angeredete erkundigte sich erst, ob der Prinz seine wirkliche Meinung hören wünsche. Als ihm dies bejaht wurde, versicherte der Herr, daß nach seiner eigenen Erfahrung Graf Preysing die Dinge noch viel zu juristisch und rosig geschildert habe. Die Stimmung des Volkes sei eine solche, daß man sie gar nicht ernst genug nehmen könne, und wenn die Militärvorlage durchgeführt werde, so sei der Sozialdemokratie der Weg zum Herzen der gläubigen Bauern geöffnet.“

Dazu bemerkt die „Frankf. Ztg.“: „Das Geschichtchen könnte, vielleicht weil ein sozialdemokratisches Organ darüber berichtet, wahr sein. Das denkt offenbar auch die „Augs. Post-Ztg.“, die dem Grafen Preysing politisch nahe steht. Sie drückt die Erzählung ab und fügt nur ihr Bedauern hinzu, daß es am Berliner Hofe „keinen Cavalier zu geben scheine, der die Volksstimme kennt und darüber wahrheitsgetreu berichtet“. — Warum die Erzählung „gerade deshalb“ wahr sein soll, weil sie in einem sozialdemokratischen Blatte steht, ist uns freilich nicht recht verständlich.“

Frankreich.

Paris, 15. Mai. [Deputirtenkammer.] Beurtheilung des Antrages Reinach betreffend die Errichtung eines besonderen Ministeriums für Colonien. Gerville Reache bringt einen Antrag ein, die Regierung zu ersuchen, selbst einen Gesetzentwurf über die Begründung eines Colonialministeriums auszuarbeiten. Dieser Antrag, welchen auch der Unterstaatssekretär Telcassé befürwortete, wurde mit 263 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Darauf wurde der Artikel des Antrages Reinach, welcher besagt, daß die Errichtung eines Ministeriums einfach durch Decret erfolgen könne, angenommen, der Artikel des Antrages hingegen, welcher die Errichtung eines besonderen Colonialministeriums zum Inhalt hat, wurde mit 260 gegen 239 Stimmen abgelehnt.

Bulgarien.

Tirnowo, 15. Mai. Die Große Sobranje ist heute Mittags 12 Uhr eröffnet worden. Die Thronrede des Fürsten Ferdinand besagt, er schäfe sich glücklich, sich inmitten der vornehmsten Bürger Bulgariens zu sehen, welche von dem Volke entstand seien, um zu einer der für das Wohl des Landes wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen. Die ungetheile Freude des bulgarischen Volkes über das Ereignis seiner Vermählung ebenso wie die ihm und seiner Gemahlin dargebrachten Glückwünsche hätten ihn tief gerührt. Die Deputirten müßten von dem Bewußtsein der hohen Mission getragen sein, zu deren Erfüllung sie das Volk in die gegenwärtige Große Sobranje entsandt habe. Er sei überzeugt, daß der Gesetzentwurf über die Änderung der Verfassung, welcher die Stärkung des Landes und die Sicherung seiner Zukunft und seines Fortschrittes

zum Ziel habe, mit der größten Aufmerksamkeit und im Hinblick auf die Interessen und die Zukunft des Vaterlandes werde geprüft werden. (W. L.)

Bon der Marine.

U. Kiel, 15. Mai. Von den Schiffen der Marinestaffette, deren erste Division heute wieder in See gegangen ist, haben die sechs Panzerschiffe „Baden“, „Bayern“, „Sachsen“, „Württemberg“, „König Wilhelm“, „Deutschland“ und das Panzerfahrzeug „Beowulf“ ihre Einzelübungen abgeschlossen und mit den ersten Gefechts-Evolutionen in der Weise begonnen, daß je zwei Schiffe unter Anwendung von Salutarketten gegen einander manövriren. Das Übungsgebiet erstreckt sich längs der schleswig-holsteinischen Küste von der Kieler Förde bis Alsen. Das achte zur Manöverstaffette gehörige Panzerfahrzeug „Fritzhof“, sowie die beiden Aviso „Meteor“ und „Jagd“ führen ihre Einzelübungen, bestehend in Fahrmanövern und Torpedoschießen fort und zwar so lange, bis die Übungen in Divisionsformationen beginnen. Von den Kadetten- und Schiffsjungen-Schulschiffen „Gloss“ „Stein“ und „Moltke“ sollte das erste bereits morgen in den östlichen Theil der Ostsee dampfen, hat aber nunmehr Contreordre erhalten, derzufolge es vorläufig auf hiesiger Station verbleibt. — Das Artilleriegeschützschiff „Carola“ wird Ende der Woche aus Wilhelmshaven hier eintreffen.

Wahl-Nachrichten.

* [Candidaturen der „Freisinnigen Vereinigung“.] In den zehn Tagen, während welcher die Wahlbewegung im Gange ist, ist bereits eine erhebliche Anzahl von Candidaturen aufgestellt worden. Nach einem uns vorliegenden Tableau werden als Candidaten der „Freisinnigen Vereinigung“ bis jetzt aufgetreten in:

- 1) Danzig Stadt: Landtagsabgeordneter Rickert.
- 2) Oberbarnim: Professor Althaus.
- 3) Arnswalde-Friedeberg: Rector Ernst in Schneidemühl.
- 4) Landsberg-Golden: Hammergerichtsrath Schröder.
- 5) Jülich-Kreis: Rechtsanwalt und Notar Fahle.
- 6) Stettin-Stadt: Landtagsabgeordneter Brömel.
- 7) Cöslin-Colberg: Geh. Baurath a. D. Benoit.
- 8) Fraustadt-Lissa: Landgerichtsrath Koslitsch.
- 9) Bromberg: Oberbürgermeister Bräsig.
- 10) Hirschstein: Dr. Theodor Barth.
- 11) Schweinitz-Wittenberg: Dr. Heinrich Dohrn.
- 12) Mühlhausen i. Th.: Justizrat Horwitz.
- 13) Mecklenburg-Strelitz: Gutsbesitzer Wilbrandt.
- 14) Oldenburg: Hugo Hinze.
- 15) Wolfenbüttel: Director Karl Schrader.
- 16) Coburg: Dr. Siemens.
- 17) Bremen: Kaufmann Frese.
- 18) Lauenburg: Kammerherr Berling.
- 19) Uedermünde-Uedem-Wöllin: Fabrikant Ludwig Prigge in Posen.
- 20) Lübeck: Rechtsanwalt Dr. Görk.
- 21) Riel: Professor Hänel.
- 22) Schleswig: Hofbeamter Lorenzen.
- 23) Ditmarschen: Hofbeamter Thomsen.
- 24) Ostholstein: Harbeck.
- 25) Altona: Chefredakteur Niepa.

In den beiden nächsten Tagen kommt noch eine größere Anzahl Candidaturen der „Freisinnigen Vereinigung“ zur definitiven Erledigung, sowohl in Schleswig-Holstein, wie in anderen Theilen Deutschlands. Trotz der nicht geringen Schwierigkeiten, die durch die jüngsten Ereignisse für die Freisinnigen entstanden, ist die begründete Hoffnung vorhanden, daß noch vor den Pfingstfeiertagen die Verhältnisse in den Wahlkreisen völlig geregelt sind, und wenn nicht alle Anzeigen frügen, wird die „Freisinnige Vereinigung“ mit einer recht starken Anzahl Candidaten in den Wahlkämpfen unmittelbar eintreten mit der Hoffnung auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes.

* Aus München, 14. Mai. wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben, daß die Meinungen der bairischen Centrumsblätter über die bei der Militärvorwahl „umgefallenen“ Centrumsmitglieder wesentlich auseinandergehen. Während eine rücksichtslose Ausschluß verlangen, suchen die anderen, darunter die der Parteileitung nahestehenden, zu verhindern und zu vermittel. Die letztere Haltung scheint auf einen Meinungsaustausch zwischen der Leitung der Reichstagsfraktion und den Leitern der bairischen Partei zurückzuführen zu sein.

* In Elsass-Lothringen nehmen von den bisherigen 15 Abgeordneten nur acht: der Nationalliberale Dr. Petri, der Conservative Baron Zorn v. Bulach, der Reichsparteier Dr. Höfsel und die Protektionistin Abbe Simonis, Ruhland, Winterer, v. Dietrich und Neumann. Candidaturen wieder an. Die Pfarrer Küchly, Manges, Delles, Guerber und Fabrikant Lang-Schlettstadt haben verzichtet. In Mülhausen, das bisher von dem Socialdemokraten Hinkel vertreten war, kandidiert namens der „Gemäßigten“ Fabrikant Theodor Schlumberger gegen den socialdemokratischen Redakteur Bueb.

Telegramme.

Berlin, 16. Mai. Für den ersten Berliner Wahlkreis ist von den Conservativen der antisemitische Candidat Rechtsanwalt Seidler aufgestellt worden.

Der conservative Wahlverein des dritten Berliner Wahlkreises beschloß einstimmig, für den Antisemiten Seidler einzutreten.

Die „Kölner Zeitung“ fordert die Nationalliberalen des zweiten Berliner Wahlkreises auf, den eigenen Candidaten Henneberg fallen zu lassen und sofort für Prof. Wagner (cons.) zu stimmen.

In der gestrigen Versammlung in der Urania kam es zu Prügeleien zwischen den Socialisten und den Unabhängigen.

In Niederbarnim ist der freisinnige Candidat Arnold Perls aufgestellt.

Für den Wahlkreis Czernikau-Colmar stellten die Liberalen den Rechtsanwalt Pöppel-Driesen auf.

Der frühere Abg. v. Schalscha dementirt die Nachricht, daß er auf ein Mandat verzichte.

Für den Wahlkreis Guben stellten die Conservativen und Freiconservativen den freiconservativen Dekonomierath Caesar gegen den Prinzen Carolath als Candidaten auf.

Der frühere Abg. Dr. Harmening (freis.) nahm die freisinnige - volksparteiliche Candidatur für Eisenach an.

Das Centrum in Mannheim beschloß, gleich

im ersten Wahlgange für den Demokraten Musel einzutreten.

Für den Wahlkreis Alzey-Auersleben stellten die Freisinnigen Gaalwächter in Schönebeck auf.

In München beschloß der freisinnige Verein, sein Mitglied, den Landgerichtsrath

reitung der Adresse begründete. Mattusch erklärte, gegen die Adresse zu sein, so lange die Deutschen gegen die Adresse wären. Die Verwirklichung des böhmischen Staatsrechts sei unmöglich, so lange die Deutschen dagegen seien. Er bedauerte die Entfernung der Deutschen aus der Adress-commission, wodurch die Aufklärung der Deutschen über das Staatsrecht unmöglich geworden sei. Prinz Friedrich Schwarzenberg teilte das Bedauern und erklärte sich gegen den Antrag der Jungtschechen betreffs der Einsetzung eines Adress-subcomités. Die nächste Sitzung findet am Mittwoch statt.

Paris, 16. Mai. Heute Vormittag sind in Levallois-Perret und Courbevoie bei Paris fünf Anarchisten verhaftet wegen Anfertigung von Explosionskörpern. Die Polizei fand bei den Verhafteten drei geladene Bomben.

— Der Präsident Carnot befindet sich auf dem Wege entschiedener Besserung.

London, 16. Mai. Die Bank-Fallissements in Australien summieren sich bis gestern laut Nachrichten der „Times“ auf 90 Millionen Pfund Sterling.

— Das Unterhaus hat mit 296 gegen 251 Stimmen das Amendement Croz zur Homerule-Bill, welches die Befugnisse der irischen Legislatur auf die Unterhaltung der Eisenbahnen, der Kanäle, Gaswerke und ähnliche Angelegenheiten beschränkt, abgelehnt.

— Der Parlamentssecretär des Colonialamtes erklärte im Unterhause, die Transvaalconvention von 1890 sei gehündigt, aber bei der Conferenz zwischen Sir Lowe und dem Präsidenten Krüger seien gewisse Grundlagen für zukünftige Unterhandlungen erörtert worden, von denen ein befriedigendes Arrangement zu erwarten sei.

Chicago, 16. Mai. Der Frauencongress, der in Verbindung mit der Weltausstellung zusammengetreten sollte, ist gestern in Anwesenheit von etwa 5000 Theilnehmern im Columbusaal im Namen des Kunstinstituts eröffnet worden.

Danzig, 17. Mai.

* [Sitzung der Stadtverordneten - Versammlung am 16. Mai.] Vorsitzender Herr Otto Steffens; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Dr. Baumbach, Bürgermeister Hagemann, Stadtrath Dr. Samter, Trampe, Ehlers, Claassen und Stadtbaumeister Otto.

Die Versammlung genehmigte zunächst Urlaubsgesuche der Stadtverordneten Damme und Dehlow, nimmt dann Kenntnis von dem Protokoll über die Monatsrevision des städtischen Leihamts am 18. April und von einer Mitteilung des Magistrats über das Ergebnis des Dienstboten- und Lehrlings-Abonnements bei den städtischen Krankenanstalten im Stattjahr 1892/93. Danach wurden auf Grund dieses Abonnements in jenen Anstalten 250 Personen an 5487 Verpflegungstage behan delt. Zu dem Verpflegungsfaz von 1,50 Mk. pro Tag würde das 8230 Mk. betragen, während die Einnahme aus dem Abonnement nur 7372 Mk. ergab. In früheren Jahren wurde der Ver pflegungsfaz nur auf 1,25 Mk. pro Tag berechnet und dabei ergab sich in vorletzten Stattjahren ein Raffen-Vorteil von 858,50 Mk. und für das letzte würde er bei diesem Faz immerhin noch 497 Mk. betragen.

Am 25. April genehmigte die Stadtverordneten-Versammlung bekanntlich den neuen Bebauungs plan für die Westfront vom hohen bis zum Jakobshöhe mit Ausnahme zweier Punkte, welche damals von Hrn. Damme beanstandet wurden, und zwar 1. der neuen Elisabethgasse an der südlichen Front der Elisabethkirche und 2. des Häuserblocks am rechten Ufer der Nadaune gegenüber den Mühlen und Bastion Elisabeth. Diese beiden Punkte wurden zunächst an die städtische Entfestigungs-Commission zur nochmaligen Prüfung und Berichterstattung verwiesen. Letztere hat sich dieser Aufgabe unterzogen und nach eingehender Beratung und Prüfung der erhobenen Bedenken einstimmig beschlossen, der Stadtverordneten-Versammlung die Ablehnung des Antrages Damme und Festschaffung des gesammten vor liegenden Bebauungsplanes nach dem Magistratsentwurf zu empfehlen. Diesem Vorschlage entsprechend wird heute einstimmig der Bebauungsplan festgestellt.

Genehmigt wird ferner ein nach dem neuen Krankenversicherungsgesetz abgeändertes Orts statut der Krankenversicherung in land- und forst wirtschaftlichen Betrieben, sowie der Verkauf eines Landstücks Hinter-Schildkamp Nr. 221 für 620 Mk. an die Panke'schen Cheleute.

Zur Anfertigung der Wählerlisten und zu den sonstigen der Gemeinde obliegenden Vorbereitungen für die bevorstehende Reichstagswahl werden 2000 Mk., der hiesigen allgemeinen Mädchen Fortbildungsschule wird ein Communalzuschuß von 1000 Mk. bewilligt. Im Vorjahr wurden 1100 Mk., im Jahre 1891 900 Mk. für dieselbe gezahlt.

Für die von dem Herrn Ober-Präsidenten zur Bekämpfung der Choleragefahr ins Leben ge rufene bakteriologische Station in Danzig wird ein größeres Zimmer im Mittelgebäude des Lazarths am Olivaer Thor eingeräumt und zu dessen Herrichtung der Betrag von 600 Mk. bewilligt. Der Mennoniten-Gemeinde werden, wie bisher, auch pro 1892/94 die Real-Communal abgaben für ihre Kirchen- und Hospitals-Grundstück mit 40,50 Mk. erlassen, 280 Mk. uneinziehbare Hundesteuerreste werden niedergeschlagen. Die Übertragung der Pacht auf das Grundstück Bürgerwiesen 33 von dem bisherigen Pächter Karl Krüger auf den Pächter Joh. Dreier in Rückfort wird genehmigt. — Bei der Vorlage wegen Gewährung des Lokals für die bakteriologischen Untersuchungen entstand eine kurze Debatte, welche durch Fragen der Herren Kauffmann und Dr. Pinck über die Zweckmäßigkeit des Lokals ver anlaßt wurde. Nachdem Herr Stadtrath Trampe hierüber Aufschluß gegeben und hervorgehoben hatte, daß die beiden leitenden Aerzte des Lazarths das Lokal als durchaus zweckmäßig bezeichnet hätten, warf Herr Berenz die Frage auf, ob nach dem in der gestrigen Morgen-Ausgabe dieser Zeitung mitgeteilten Falle die Station etwa dazu beitragen könnte, den Cholerabacillus im Lazarth zu verbreiten. Die Herren Dr. Baumbach, Trampe, Dr. Schneller

und Dr. Semon beantworteten die Frage in zum Theil eingehender Darlegung verneinend. Der betreffende Gehilfe habe sich die Erkrankung nur durch eine Unvorsichtigkeit, durch Nichtbefolgung der Vorschriften zugezogen. Der Fall, allerdings ein medizinisch sehr interessanter, veritable Cholerafall werde zu verschärfter Vorsicht be tragen und dabei sei eine Wiederholung ausgeschlossen. Herr Dr. Schneller hob noch hervor, daß fast jedes Krankenhaus eine solche Station habe; hr. Dr. Semon wies auf den praktischen Nutzen der Verbindung mit dem Lazarth hin. Schließlich wiesen die Herren Berenz und Dr. Schneller darauf hin, daß der Staat auch hier wieder eine ihm obliegende Last auf die Commune abwälze, daß der große preußische Staat sich von der armen Commune Danzig das Lokal geschenkweise darbringen lasse. Im Interesse der Bekämpfung der Cholera gefahr wurde aber sowohl von diesen Rednern wie von Herrn Münsterberg die Hergabe des Lokals empfohlen und demnächst auch einstimmig beschlossen.

Die Dampfschneidemühle auf dem jetzt der Stadt gehörigen Grundstücke an der Steinschleuse nebst einer Wohnung war zuletzt für 1000 Mark an Herrn Zimmermeister Fey vermietet. Herr Fey hat auf Fortsetzung des Miethsverhältnisses verzichtet, eine anderweitige Vermietung hat sich nicht erzielen lassen. Der Magistrat beantragt deshalb, die Mühle abzubrechen, die Maschinen zu verkaufen und den Platz zu einem städtischen Bauhof einzurichten. Die Versammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung.

Die den Wachtdienst verrichtenden Mannschaften der Feuerwehr waren bisher in den engen, niedrigen Gemächeren des Thurmets auf dem Feuerwehrhofe untergebracht. Die Beobachtungen bei der Influenza-Epidemie haben die Schaffung einer besseren Unterkunft im Gesundheits-Interesse als dringlich erscheinen lassen. Es soll dazu das geräumige Dachgeschoss über dem Spritzenhaus ausgebaut werden. Der Anschlag schließt mit 11200 Mk. ab, welche à Conto der für diesen Bau bereits im Etat pro 1893/94 ausgeworfenen 13000 Mk. bewilligt werden. Ferner wird auf den Wunsch der Frau Wittwe Kiesau beschlossen, die noch bis Ende d. J. bestehende Verpachtung der sogen. Hundehalle vom 1. Juli ab unter Erlaf von 400 Mk. Pacht zu lösen, den vorderen Raum zu einem Laden abzutheilen und als solchen zu vermieten, den Rest der Halle aber der Feuerwehr als Montirungskammer zu überweisen. Für die dazu nötigen baulichen Einrichtungen werden 500 Mk. bewilligt.

Die Firma Franz Spiller in Wien hat sich bereit erklärt, die Bernsteinnutzung in der städtischen Forst von Weichselmünde bis Heubude auf 3 Jahre für jährlich 6000 Mk. unter denselben Bedingungen zu pachten, welche früher Herr Alter bei der gleichen Pachtung übernommen hatte. Nach Ablauf von 2 Jahren behält sich die Firma eine weitere Pachtung auf 5 Jahre vor, auch erklärt dieselbe sich zur Einzahlung einer Caution von 20000 Mk. bereit. Herr Stadtrath Ehlers theilt den im Entwurf bereits vorgezogenen Contract mit, wonach die Firma in der Forst Bohrungen, in dem nicht bestandenen Theil, mit Ausnahme der Rieselfelder, Gräberfelder nach Bernstein vornehmen will, bei der Bestimmung der Stellen aber dem Magistrat die Genehmigung jedes Mal vorbehalten ist. Die Caution von 20000 Mk. sei bereits eingezahlt. Redner berichtet über die ziemlich lange Vorgeschiefe dieser Verpachtung und theilt dabei mit, daß die Firma Stantien und Becker, nachdem sie anfangs frei händige Gebote überhaupt abgelehnt, später nicht acceptable Gebote gemacht, jetzt 20000 Mk. geboten habe, wenn der Magistrat sich verpflichte, die Bernsteinnutzung in der Heubuder Forst während der nächsten 10 Jahre überhaupt nicht zu verpachten. Herr Arnow be fürwortet anfangs die Annahme des letzteren Gebots, zieht diesen Vorschlag aber zurück, nachdem die Herren Ehlers, Berenz, Davidsohn, Hübenthal, Mansfield und Herzog auf die Vortheile der Spiller'schen Offerte und das für das Bernsteingewerbe in Danzig und verschiedenen anderen, namentlich hinterpommerschen Städten sehr nachtheilige monopolistische Geschäftsgesetze der Firma Stantien und Becker hingewiesen haben. Die Verpachtung an Franz Spiller wurde darauf ebenfalls einstimmig genehmigt.

Herr Fähnpächter Gartmann in Weichselmünde, der im vorigen Winter für 500 Mk. das Recht gepachtet hatte, auf einer Fläche von 2 Morgen der Weichselmünde-Heubuder Forst nach Bernstein zu graben, hat hier von an den von ihm ausdrücklich gewählten Stellen nur etwa einen halben Morgen zu solchen Grabungen aus genutzt und dabei nicht seine Rechnung gefunden. In einer Petition an die Versammlung bittet er nun, ihm an anderer Stelle noch 1½ Morgen zu weiteren Nachgrabungen einzuräumen, da er dort mehr Bernstein zu finden hoffe. Die Versammlung erachtet die Petition als durch die vorige Beschlusssatzung erledigt und geht über dieselbe zur Tagesordnung über.

Zur Revision des seit 1860 bestehenden Tarifs für die Tagegelder und Reisekosten der städtischen Beamten war eine gemischte Commission eingesezt. Der von derselben aufgestellte Entwurf hat im Magistrats-Collegium Bedenken erregt und da der Staat mit einer Neuregelung dieser Materie für seine Beamten beschäftigt ist, schlägt der Magistrat vor, bis zur dortigen Erledigung der Sache es beim Alter zu belassen und inzwischen dem Vertreter Danzigs im Herrenhause für jeden wahrgenommenen Sitzungstag 15 Mk. Diäten zu gewähren, da auch in anderen Städten solche Entschädigungen gezahlt werden. Auch dieser Vorschlag findet einstimmige Annahme.

In die gemischte Commission zur Beratung über etwaige Übernahme der Rieselfelder und der Pumpstation in städtische Betriebsverwaltung werden die Stadtr. Hein, Hübenthal, Alapitter, Kupferschmidt und Volbrecht, in das Curatorium für das Stadtmuseum der Vorsthende Herr Otto Steffens und Herr Baurath Breidtprecher gewählt.

In nichtöffentlicher Sitzung wird zum Bezirksvorsteher für den 11. Stadtbezirk Herr Hospitals Inspector Simon gewählt und den Wissens der bei dem großen Speicherbrande am 13. Dezbr. verunglückten Feuerwehrmannschaften wird eine laufende Unterstützung von je 25 Mk. monatlich bewilligt.

* [Wahl-Commissaire.] Der Herr Regierungspräsident in Danzig hat zu Commissionen für amtliche Ermittlung des Wahlresultats der Reichstagswahl am 15. Juni sowie der etwaigen Sitzwahlen ernannt: für die Stadt Danzig Herrn Polizeidirektor Wessel, Landkreise Danzig Herrn Landrat Dr. Maurach-Danzig, Elbing-Marienburg, Herrn Landrat Dr. v. Sander-Marienburg, Neustadt-Putzig-Carlsburg Herr Landrat Albrecht-Putzig, Dirschau-Berent-pr. Stargard Herr Landrat Döhn-Dirschau.

* [Maschinisten-Versammlung.] Eine in diesen Tagen abgehaltene Versammlung von Maschinisten Danzigs und Umgegend beschloß, nach dem Muster anderer größerer Städte auch hier ein Stellenvermittlungsbureau zu schaffen. Die Versammlung beschloß die Gründung eines Vereins unter dem Namen „Verein Danziger Maschinisten“. Herr Nürnberger wurde zum ersten Vorsitzenden gewählt.

* [Nordöstliche Bau-Berufsgenossenschaft.] Dem Geschäftsbericht über die Verwaltung der Section IV der nordöstlichen Baugewerbe-Berufsgenossenschaft während des Jahres 1892 entnehmen wir folgende Angaben: Die Junnahme der Gehilfe gegen das Vorjahr war eine erhebliche. Es gelangten zur Verhandlung a. in der Genossenschafts-Abtheilung vorübergehende Entschädigungen in 83 Fällen, dauernde in 9 Fällen, Beerdigungskosten in 12 Fällen; b. in der Versicherungs-Abtheilung in 12 Fällen; c. in der Versicherungs-Abtheilung vorübergehende Entschädigungen in 10 Fällen, dauernde in 2 Fällen und Beerdigungskosten auch in 2 Fällen. Angemeldet waren bei der Genossenschafts-Abtheilung 375 Unfälle (gegen 313 im Vorjahr), bei der Versicherungs-Abtheilung 22 (gegen 28 im Vorjahr). Davon waren 91 in der Genossenschafts-Abtheilung und 17 in der Versicherungs-Abtheilung entshädigungs pflichtig. Berufungen wurden bei dem Schiedsgericht in der Genossenschafts-Abtheilung 30 und in der Versicherungs-Abtheilung 6 eingeleitet. Der Geldwert der während des Jahres 1892 gezahlten Unfallentschädigungen beträgt 66 811 Mk.

Die Summe aller Unfall-Entschädigungen beträgt 1004 889 Mk. Dem gegenüber stehen Lohnsummen, Verwaltungskosten etc. mit 249 234 Mk. Vertrauenssätze sind 59 im ganzen engagiert. Betriebe sind 1892 123 gelöscht, während 1893 neu hinzutreten. Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe 1892 war 1701.

* [Patente.] Herrn M. Rothkohl in Thorn ist auf eine Schmiedekanne mit Laternen und biegsamem Ausgussrohr ein Patent erteilt und von Herrn Eugen Bok in Königsberg auf ein Übungs-Alavier mit Stahlstücken ein Patent angemeldet worden.

Aus der Provinz.

S Neufahrwasser, 16. Mai. Gestern hielt der hiesige vaterländische Frauenverein unter dem Vorsitz der Frau Excellenz v. Heister eine Generalversammlung ab, in welcher außer einigen Vereinsangelegenheiten hauptsächlich ein für den nächsten Monat zu veranstaltendes größeres Gartenfest auf der Weißerplatte besprochen wurde. Das genannte Fest soll in der Weise zur Ausführung gelangen, daß außer Instrumental- und Vocal-Concert, durch aufzustellende Buden allerhand Jahrmarkts-Ueberraufungen den Besuchern zur Belustigung vorgeführt werden sollen. Möge der Himmel nur ein freundliches Gesicht zu diesen Veranstaltungen machen, damit Mühe und Arbeit nicht umsonst aufgewendet werden. Der Ertrag ist für den vom Verein geleiteten Kinderhort bestimmt, dessen Infassungen sich in letzter Zeit bedeutend vermehrt haben und deshalb außerordentliche Mittel erfordern.

* Marienwerder, 16. Mai. Unter dem Vorsitz des Herrn Provincial-Schulrats Dr. Böcker aus Danzig gestern am hiesigen Lehrerinnen-Seminar die Abgangsprüfung statt. Die 5 Damen, welche sich zum Examen gemeldet hatten — Fräuleins Helene Behler, Elisabeth Bode, Martha Kraftmeier, Magdalene Poltroth und Helene Scholz — erhielten sämtlich das Zeugnis der Beschriftung zum Unterricht an höheren Mädchenschulen. — Die hiesige Artillerie-Abtheilung ist heute früh zur Schießübung nach Hammerstein ausgerückt.

* Pechnick (Kr. Ar. Krone), 13. Mai. Gestern Abend brach in den Wirtschaftsgebäuden des Gutsverwaltungsbüros hier selbst Feuer aus. In kaum ½ Stunde lagen die Schäfte von Nah, Falkenberg, Bork, Raske und Banden ebenfalls in Flammen. Es sind leider 2 Pferde, 5 Kühe, 4 Schweine und sämtilches Vieh dahin gekommen. — Der Brand hat nur mit Mühe das eigene und das Leben der Seinigen gerettet.

* Schloßau, 16. Mai. Am Sonntag war hier von dem Vorsteher des Bundes der Landwirthe, Herrn Rittergutsbesitzer Hilgendorff-Platig, für den Kreis Schloßau eine Versammlung der Bundesmitglieder einberufen worden, zwecks Vorbereitung und Stellungnahme zur bevorstehenden Reichstagswahl. Als Gäste wohnten der Versammlung die Landräthe der Kreise Schloßau und Platom bei. Der Vorsteher Herr Mehle führte aus, es sei ja als selbstverständlich anzusehen, daß in diesem Wahlkreise nur ein Kandidat aufgestellt werden dürfe, der zunächst die Militärvorlage billige, sodann aber auch in jeder Beziehung die Vertretung der Forderungen des Bundes der Landwirthe übernehmen. Er warne jedoch davor, in der heutigen Versammlung einen Kandidaten fest aufzustellen, da sich durch ein derartiges Vorgehen die anderen Bürgervolkssklaven verlebt fühlen und ihre Stimmen dadurch leicht einem anderen Kandidaten zuwenden würden. Immerhin sei es gut diesen oder jenen Kandidaten in Aussicht zu nehmen, um den selben in einer später abzuhaltenen Verbrau männer-Versammlung vorzuschlagen. Als Kandidaten seien vorgeschlagen: 1) Ober-Regierungsrat Scheffer, 2) Graf Anrich-Platom, 3) Rittergutsbesitzer Hilgendorff-Platig. Der Erste, früher Abgeordneter des Wahlkreises, wurde von der Versammlung nahezu einstimmig abgelehnt, da derselbe nach Ausführung eines Redners als Staatsbeamter nicht die in jeder Beziehung wünschenswerthe Freiheit der Entschließungen befreien könne und auch nicht im Wahlbezirk wohne. Graf Anrich wurde ebenfalls abgelehnt, da derselbe als prinzlicher Beamte und früherer Hofmann nicht in der Weise mit den nothleidenden Landwirthen und Handwerkern fühlen könnte, wie ein Herr, der im Wahlkreise stets gelebt habe. Herr Rittergutsbesitzer Hilgendorff wurde nahezu einstimmig als auszustellender Kandidat in Aussicht genommen.

* Köslin, 16. Mai. Die Conservativen dieses Wahlkreises stellen als Reichstagskandidaten wieder den bisherigen Vertreter Landrat a. D. v. Gerlach-Parsow auf.

C. Tr. Königsberg, 16. Mai. Unter den Persönlichkeiten, welche der am Sonntag hier versammelte Provinzialparteitag der Socialdemokraten für die Provinz als Reichstagskandidaten in Aussicht genommen, dürfte eine almählich hier oder in irgend welchen anderen Wahlkreisen mehr in den Vordergrund treten. Für Tilsit sind — als Wahlkandidaten natürlich — der für Memel aufgestellte Königsberger Tilscher Lorenz resp. der seit erst ganz kurzer Zeit definitiv der socialdemokratischen Partei angehörige derzeitige Particulier C. Schmidt bestimmt, letzterer eine in der Geschichte unserer Stadt nicht unbekannte Persönlichkeit. In der Reaktionsperiode nach 1848 Referendar, trat er nach lebhaftester Beteiligung an der freiheitlichen Bewegung ins Handwerk, wurde Maurermeister und erwarb sich in vierhundertjähriger Arbeit ein Vermögen. — Der Bericht der Kaufmannschaft über die Monate Februar, März, April enthält wieder wenig Trostliches. Unser Haupt handel, das Betriebsgeschäft, ist noch immer gelähmt; die Zufuhren von Außland bleiben minimal; sie erreichen oft in einer Woche insgesamt nicht die Anzahl von Waggons, welche in glänzenden Verkehrsjahren eine einzige unserer leistungsfähigen Firmen an einem einzigen Tage empfing.

* Aus Ostpreußen, 15. Mai. Nachdem in der gestern in Insterburg stattgefundenen Versammlung von Bertrauensmännern der freikirchlichen Partei, die aus allen Theilen der Provinz von etwa 125 Parteigenossen besucht war, wie schon telegraphisch gemeldet, eine vollständige Einigung über die bei den diesmaligen Wahlen einzuschlagende Taktik erzielt worden ist, wird sofort in allen Kreisen der Wahlkampf energisch betrieben werden. Ein geschäftsführender Ausschuß wird demnächst den Wahlaufruf

veröffentlichen und überall ein einheitliches vorgenommen. Eine bestimmte Stellung zu einer der freien Richtungen wurde in der Versammlung nicht eingenommen, doch lassen die von den Theilnehmern an derselben aus den einzelnen Kreisen mitgetheilten Berichte darauf schließen, daß die Stimmung der Wähler dem entschiedenen Liberalismus sehr günstig ist.

* Bromberg, 16. Mai. Am 28. Mai findet hier die Sections-Versammlung der Section Nordost der deutschen Buchdrucker-Berufsgenossenschaft und anschließend an dieselbe eine Kreisversammlung für die östlichen Provinzen des deutschen Buchdrucker-Bereins statt.

Bermischtes.

* [Heuschreckenspeisen.] Die Thatsache, daß Heuschrecken in manchen Gegenden noch ein beliebtes Volksnahrungsmittel bilden, hat den Ackerbauminister der Vereinigten Staaten Rusch nicht ruhen lassen, diese Thiere, die manche Gegenden Amerikas in Überfluss heimischen, wirtschaftlich für die Ernährung der amerikanischen Bevölkerung auszunützen. Um für solch ein Heuschreckengericht Stimmung zu machen, bedurfte es einer praktischen Probe, zu der das Recept noch zu erfinden war. Rusch übergab jüngst seinem Koch einen Büschel frisch gesangener Heuschrecken, die für die Bauern des Westens eine wahre Landplage sind, mit dem Auftrage, daraus ein leckeres Essen zu bereiten. Der Koch stellte zunächst eine Suppe her, die von Personen, welche sie gekostet haben, geradezu als köstlich geschätzt wird; sie soll der Krebsuppe sehr ähnlich geschmeckt haben. Folgendem Recept verdankt diese Heuschreckensuppe ihre Entstehung. Die Heuschrecken wurden zunächst über starkem Feuer gekocht, mit Salz, Pfeffer und geriebener Muskatnuß gewürzt, in einem Mörser zerrieben und mit braun gebrannten Brotschüschen vermischt, dann kamen sie in eine Pfanne und wurden zu einer dicke Brühe eingeschmort und schließlich durch ein Sieb gerührt. In solcher Form setzte sie Rusch seinen Gästen vor, denen sie, wie schon bemerkte, sehr mundete. Daneben wurden noch Heuschreckenpasteten gereicht, ohne daß jemand vorerst etwas von den Bestandteilen beider Gerichte ahnte. Leider verriet ein Heuschreckenbeinchen, das in einer Pastete gefunden wurde, das Geheimniß. Indes die Thatsache, daß das neuerschaffene Gericht sehr gut schmeckte, bleibt dadurch unberührt.

„Deutsche Reichstinte“ „Veilchenblauschwarze Copirtinte“

die beste Buchtinte.

Ueberall erhältlich. Nur ächt mit Firma E.D. BEYER, Chemnitz.

giebt noch nach mehreren Monaten zwei gute Copien.

1. Geschäft:

BERLINMarkgrafen-Str. 31
nahe der Leipziger Strasse.

2. Geschäft:

DRESDENKönig Johann-Str.
Ecke Schiessgasse.**Magazin für englische Waaren.**ERSTES UND EINZIGES ETABLISSEMENT
DIESER ART.

Besichtigung höflichst erbitten.

In den oberen Sälen:

Englische Damenconfections-Artikel.

Englische Galanterie- und Bijouteriewaaren.

Englische Luxuspapierwaaren.

Englische Modewaaren.

LIBERTY ART FABRICS

Engl. Kindergarderobe (Boys & Girls Suites). Engl. Electro-Plate
und Silberwaaren. Engl. Holzmöbel zum Bemalen.

Im Theezimmer täglich 5 o'clock Tea.

Special Departement for all kinds of English Groceries & Provisions, Teas, Huntley & Palmers' Biscuits, Wines, Beers, Spirits etc. Engl. Bacon kept.

Gestattete Meldung.
Heute Nachmittag wurde uns ein Töchterchen geboren. (1720)Montag, den 29. Mai 1893, Nachmittags 4 Uhr,
im Artushofe.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Thätigkeit des Vorsteher-Amtes pro Mai 1892/93.
2. Vorlage der Jahresrechnung der Korporation und der Speicherbahn pro 1892.
3. Wahl der Revisoren für diese Rechnungen, sowie für den Stat pro 1894.

Danzig, den 15. Mai 1893.

Das Vorsteheramt der Kaufmannschaft.

(1714) Steffens.

Bekanntmachung.
In der Unterforschungsstube a/c Worm wegen Brandstiftung soll der Futterer Johann Simund, welcher im Jahre 1885 bei dem Beißer Friedrich Worm in Gr. Montau im Dienst gestanden hat, als Zeuge vernommen werden. Ich erlasse um Angabe des lebigen Wohnorts desselben. Elbing, den 12. Mai 1893.

Der Unterforschungsrichter bei dem Königl. Landgericht.

Bekanntmachung.

In unserem Genossenschaftsregister ist bei der unter Nr. 6 eingetragenen Genossenschaft „Vorlaub-Dreieck“ Memel e. G. m. u. h. f. p. in Spalte 4 heute folgendes eingetragen worden.

An Stelle des aus dem Vorstande ausgeschiedenen Rentners Peter Boldt I zu Memel ist der Rentner Christian Felske zu Memel als Vorstandsmitglied getreten.

Memel, den 13. April 1893.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Zu Folge Verfügung vom 9. Mai cr. ist an den jeweiligen Tage die unter der gemeinschaftlichen Firma

Schiffner & Tolksdorf seit dem 3. April 1893 aus den Kaufleuten

1. Rudolf Schiffner
2. Paul Tolksdorf

zu Marienwerder bestehende Handelsgesellschaft in das diesseitige Gesellschaftsregister unter Nr. 41 eingetragen mit dem Bemerkungen, daß dieselbe in Marienwerder ihren Sitz hat und daß die Befugnis zur Vertretung der Gesellschaft jedem der beiden Gesellschafter zusteht. (1657)

Marienwerder, 9. Mai 1893.

Königliches Amtsgericht.

Das dem Friseur G. Rob. Müller gehörige Grundstück Langestraße 75 soll am 31. Mai, Nachmittags 4 Uhr, im Bureau des Herrn Rechtsanwalt Jacob, freihandig verkauft werden. Abschrift des Grundbuchblatts liegt dabei zur Einsicht. (1696)

Aufstellungen werden im Termin bekannt gemacht. Bei Abgabe eines Gebots behalte ich mir vor, eine Ration auf 1000 M zu verlangen.

S. Frank, Concurssverwalter,

Stolp i. Pomm.

Auction

Schmiedegasse Nr. 9

im Geschäftskloake.

Gonnabend, den 20. Mai cr.

Vorm. 10 Uhr, werde ich in der

Wohlfahrts-Nachtlakasse im

Auftrage der Erben:

a. diverse Leib- und Bettwäsche, darunter Tischtücher, Germietten, Handtücher, Bettbezüge, 1 Stück Hausschlaf.

b. haus- und Küchengeräte,

darunter 1 Dhd. Messer und

Gabeln, 2 kupf. und 1 messl.

Kessel, Tafany u. Porzellan,

Tassen und Teller, 2 Bratenschüsseln, 1 gold. Broche,

1 silb. und 1 gold. Trauring,

1 gold. und 1 vergold. Ringe

und 1698

1 werthvolle Münzen-

sammnung

öffentliche meistbietend gegen gleich

bare Zahlung versteigern.

Stühler,

Gerichtsvollzieher.

Jungen u. äl. Herren werden die Schriften von Med.-Rath Dr. Joh. Müller, Berlin (34. Aufl.) und Dr. L. Tiedemann, Stralsund, über das gestörte Nerven- u. Sexual-System zur Belehrung empfohlen. Freie Zusend. unter Couvert (auch postl.) geg. 50 Pfg. in Marken. J. REIHING, Berlin, Schweiz. Briefp. 20.8.

Ruhmeshallen-Lotterie.
Ziehung Mittwoch u. Donnerstag.
Haupttrefferst. i. W. v. M. 50000.
Loose für 1 M.

12 für 10 M empfiehlt

Hermann Lau,

Langgasse 71.

1. Geschäft:

Neugarterthor.

Fabrik schmiedeeiserner

Grabgitter, Kreuze u.

Fertige Gitter sowie Muster stehen

zur Ansicht.

(1653) (1697)

S. Albrecht,

Neugarterthor.

Fabrik schmiedeeiserner

Grabgitter, Kreuze u.

Fertige Gitter sowie Muster stehen

zur Ansicht.

(1653) (1697)

2. Geschäft:

Dresden

König Johann-Str.

Ecke Schiessgasse.

Beyer's

„Veilchenblauschwarze Copirtinte“

giebt noch nach mehreren Monaten zwei gute Copien.

Heute und morgen Ziehung**Ruhmeshallen-Lotterie**
für die Errichtung des
Kaiser Friedrich - Museums
in Görlitz.

in Görlitz.

Die Gewinne bestehen aus Gold und Silber.

Hauptgewinn im Werthe von 50 000 Mark.

Die Gewinne sind mit 90% des Werthes garantirt.

Jedes Loos, welches in der ersten Ziehung keinen Gewinn erhalten hat, nimmt an der zweiten Ziehung ohne jede Nachzahlung Theil.

Loose à 1 Mark, 12 Loose für 10 Mark und zu haben in der

Expedition der Danziger Zeitung.

Allgemeine Deutsche Pensionsanstalt für Lehrerinnen u. Erzieherinnen unter dem Allerhöchsten Protektorat Ihrer Majestät der Kaiserin u. Königin Friedrich.

Jahresbericht für das Jahr 1892.

Von den am Schluß des Jahres 1891 der Pensionsanstalt angehörenden 2391 Mitgliedern sind im Laufe des Jahres, des 17. ihres Bestehens, gestorben 20, freiwillig ausgeschieden 29, dagegen sind neu eingetreten 183, so daß die Zahl der Mitglieder am 31. Dezember 1892 sich beläuft auf 2525.

Der Rechnungsabschluß stellt sich wie folgt:

I. Einnahme:

1. Eintrittsgelder	876.— M	II. Ausgabe:	8184.85 M
2. Laufende Beiträge der Mitglieder	221 890.11	3. Zinsen für Kapitalien, welche der Pensionsanstalt mit der Bestimmung überwiesen sind, daß dieselben später volles Eigentum der Pensionsanstalt werden	1875,—
3. Kapitalzahlungen für Ablösung der Beiträge	90 299.25	4. Renten aus der Grohmannschen Stiftung	9 869.45
4. Zinsen	143 963.86	5. Fortlaufende Beitragserlässe aus der Grohmannschen Stiftung	1 200,—
5. Für den Hülfsfonds	667.70	6. Renten aus der Grohmannschen Stiftung	3 133.95
(Barwert 246.80 M als Beitrag des Programmatbaus der Firma Franz Wagner in Leipzig)		7. Konsolonen	7 078.36
		8. Kursdifferenz bei Ein- und Verkauf von Effekten	19 541.30
		Summe der Ausgabe	114 582.91 M

II. Ausgabe:

1. Verwaltungskosten	8184.85 M
2. Zinsen für Kapitalien, welche der Pensionsanstalt mit der Bestimmung überwiesen sind, daß dieselben später volles Eigentum der Pensionsanstalt werden	1875,—
3. Untertürkungen in Beihilfen und einmaligen Beitragserlässe	9 869.45
4. Renten aus der Grohmannschen Stiftung	1 200,—
5. Fortlaufende Beitragserlässe aus der Grohmannschen Stiftung	3 133.95
6. Renten aus der Grohmannschen Stiftung	7 078.36
7. Konsolonen bei Ein- und Verkauf von Effekten	19 541.30
Summe der Ausgabe	114 582.91 M

Überschuss der Einnahme über die Ausgabe

bzv. der Vermögensbestand am 31. Dezember 1891	343 114.01 M
gibt einen Vermögensbestand am 31. Dezember 1892 von	3 952 908.50 M.

Das Vermögen ist vorhanden in:

1. Hypotheken	3 266 925.— M.
2. Effekten	641 000.—
3. baar	44 983.50 —

sind 3 952 908.50 M.

Von dem Vermögen entfallen:

1. auf den ausschließlich zur Beliebung der versicherten Pensionen bestimmten Pensionsfonds	3 506 652.99
2. auf dem Hülfsfonds	446 255.51

gibt obige 3 952 908.50 M.

Pension besiehen 305 Mitglieder gegen 265 im Jahre 1891 im Gesamtbetrag von 70 778.36 M. Einmalige Beihilfen sind gemäß § 10d des Statuts in 156 Fällen gewährt worden und zwar 6 zu 30, 31 zu 40, 53 zu 50, 52 zu 60, 7 zu 70, 3 zu 75, 1 zu 80, 3 zu 100 M. im ganzen 8285 M.; außerdem sind in 39 Fällen Beitragserlässe auf ein oder mehrere Quartale bemittelt; und die entsprechenden Summen aus dem Hülfsfonds gegeben worden im Betrage von 1 584.45 M. dazu treten 182 fortlaufende Beitragserlässe aus der Groh